



HESSISCHER LANDTAG

25. 09. 2007

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD

betreffend kein Wackeln beim Nachtflugverbot - Landesregierung steht im Wort

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt die Klarstellung des Bundesverkehrsministeriums, dass der Bund keine Aufhebung des geplanten Nachtflugverbots am Frankfurter Flughafen anstrebe. Bundesverkehrsminister Tiefensee hat eindeutig festgestellt, dass der Bund sich nur dann mit der Frage von Einzelausnahmenregelungen des Nachtflugverbotes befasse, wenn die Fraport AG und das Land Hessen dies gemeinsam beim Bund beantragen würden.
2. Der Landtag kritisiert die gezielte Weitergabe des Briefes aus dem Bundesverkehrsministerium vom 10. September 2007 zum laufenden Planfeststellungsverfahren an die Medien. Der Landtag wertet diese als parteitaktisch motivierte Desinformation und weist den Versuch, Verunsicherung in der Bevölkerung zu schüren, entschieden zurück. Dies wird der beschäftigungs- und strukturpolitischen Bedeutung des Ausbaufahrens und der Belastungssituation der Menschen im Flughafenumland in keiner Weise gerecht.
3. Der Landtag bekräftigt seine Auffassung, dass die Umsetzung des Mediationsergebnisses mit der untrennbaren Verbindung der Kapazitätserweiterung durch Ausbau und der Optimierung des Bahnsystems mit dem Nachtflugverbot von 23.00 bis 5.00 Uhr, dem Anti-Lärm-Pakt und der Arbeit des regionalen Dialogforums die unveränderte Grundlage des geplanten Flughafenausbaus ist. Insbesondere beim Nachtflugverbot in der Mediationsnacht erwartet der Landtag den Verzicht auf alle planmäßigen Flüge gemäß dem Mediationsergebnis und dem Antrag der Fraport AG.
4. Der Landtag wertet die von Ministerpräsident Koch gegenüber der Presse geäußerte Möglichkeit von Ausnahmen für nächtliche Frachtflüge nach volkswirtschaftlichem Nutzen und Arbeitsplatzeffekten daher als Abweichung des vom Landtag am 31. Mai 2007 verabschiedeten Grundsatzbeschlusses und weist diese entschieden zurück. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, beim Nachtflugverbot nicht zu wackeln und Wort zu halten.
5. Der Hessische Landtag begrüßt die vom Regionalen Dialogforum empfohlenen Maßnahmen zur Lärmreduzierung im vorgelegten Anti-Lärm-Pakt und fordert die Landesregierung auf, die Vorschläge, soweit es gesetzlich möglich ist, in die Planfeststellung zu übernehmen. Der vorgelegte Anti-Lärm-Pakt entbindet die Landesregierung nicht davon, das Nachtflugverbot wie beantragt rechtlich und praktisch abzusichern. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Stellung zu beziehen, wie sie die Anforderungen aus dem Mediationsergebnis, insbesondere das Nachtflugverbot, umsetzen will.

Wiesbaden, 25. September 2007

Die Fraktionsvorsitzende:
Ypsilanti